

LANDRATSAMT LÖRRACH Herrenstr. 4 79539 Lörrach

Stadt Schönau im Schwarzwald  
Talstr. 22  
79677 Schönau im Schwarzwald

Eingegangen  
04. März 2021  
Schönau/Schw

LANDRATSAMT LÖRRACH

Fachbereich	Kommunalaufsicht & Prüfung
Kontakt	Andrea Lübcke
Telefon	07621 410-2413
Fax	07621 410-92413
Zimmer	Kommunalaufsicht & Prüfung – 2.06
E-Mail	andrea.luebcke@loerrach-landkreis.de
Unser Zeichen	902.41

25.02.2021

## Haushaltssatzung und Haushaltsplan sowie Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Städtische Wohnbau Schönau im Schwarzwald“ für das Haushaltsjahr 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Gemeinderat der Stadt Schönau im Schwarzwald hat am 18.01.2021 die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan sowie den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Städtische Wohnbau Schönau im Schwarzwald“ für das Haushaltsjahr 2021 beschlossen und uns diese gemäß § 81 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) vorgelegt. Hierzu treffen wir folgende

### Entscheidungen:

#### 1. Haushaltssatzung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen in Höhe von 1.401.000 € wird gem. § 87 Abs. 2 GemO genehmigt.

Im Übrigen wird die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt.

#### 2. Wirtschaftsplan „Städtische Wohnbau Schönau im Schwarzwald“

Der beim Eigenbetrieb „Städtische Wohnbau Schönau im Schwarzwald“ vorgesehene Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen in Höhe von 228.800 € wird gem. § 12 Eigenbetriebsgesetz (EigBG) i. V. m. § 87 Abs. 2 GemO genehmigt.



## Kernhaushalt

Gem. § 80 Abs. 2 GemO soll das Ergebnis aus ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) des Gesamtergebnishaushalts unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren ausgeglichen sein. Diese Vorgaben erfüllt die Stadt Schönau im Schwarzwald nicht. Der Gesamtergebnishaushalt schließt im Haushaltsjahr 2021 planmäßig mit einem deutlich negativen Ergebnis ab und auch in den drei weiteren Jahren des Finanzplanungszeitraums setzt sich dieser Trend, mit nur leichten Verbesserungen, fort und das veranschlagte ordentliche Ergebnis bleibt negativ. Die Abschreibungen können in den Jahren 2021 und 2022 nicht erwirtschaftet werden; erst ab 2023 werden planmäßig Abschreibungen erwirtschaftet, allerdings bei weitem nicht vollständig. Die Stadt Schönau im Schwarzwald kann somit die Forderung nach intergenerativer Gerechtigkeit nicht erfüllen.

Ursache für die schwierige finanzielle Situation der Stadt Schönau im Schwarzwald im Speziellen aber auch der Kommunen insgesamt sind auch durch die weltweite Corona-Pandemie und die dadurch ausgelösten wirtschaftlichen Folgen bedingt. Nachdem durch den kommunalen Stabilitäts- und Zukunftspakt, den Land und Kommunale Landesverbände Ende Juli 2020 unterzeichnet hatten, die Corona-bedingten Einnahmerückgänge und Mehraufwendungen der Städte, Gemeinden und Landkreise im Jahr 2020 weitgehend kompensiert worden sind, ist dies für das Jahr 2021 und die Folgejahre nicht mehr vorgesehen und realisierbar. Auch das prognostizierte Steueraufkommen der baden-württembergischen Kommunen in den Orientierungsdaten des Ministeriums für Finanzen und des Ministeriums für Inneres wird für die nächsten Jahre deutlich geringer ausfallen. Auf diese Veränderungen müssen die Kommunen durch Erhöhung der sonstigen Einnahmen, Verringerung der Ausgaben und das zeitliche Strecken von Investitionsvorhaben reagieren und dieser besonderen Situation Rechnung tragen. Die stetige Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben gem. § 77 GemO und der Erhalt der dauernden Leistungsfähigkeit muss gewährleistet werden.

Die Haushaltsplanung der Stadt Schönau im Schwarzwald zeigt im Ergebnishaushalt für den Stadtwald einen Zuschussbedarf in Höhe von ca. 137.000 €. Grund für das schlechte Ergebnis beim Stadtwald sind u. a. die durch Trockenheit und den Borkenkäferbefall verursachten Waldschäden. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat mit der Großen Koalition einmalig eine Nachhaltigkeitsprämie für den Wald entwickelt, um die Waldeigentümer direkt zu unterstützen. Diese Prämie ist ein Teil des Corona-Konjunkturprogramms „Wald & Holz“. Für die Stadt Schönau im Schwarzwald beträgt diese Prämie rund 113.000 €. Dadurch wurde das ursprüngliche Defizit reduziert. Bei der gewährten Prämie handelt es sich nur um eine einmalige Ausgleichsleistung. Umso mehr ist die Stadt Schönau i. Schw. gefordert, die bei der Bewirtschaftung des Waldes entstehenden Kosten den sinkenden Erträgen anzupassen, sich auf das zwingend Notwendige zu beschränken, um das Defizit so gering wie möglich zu halten.

Erfreulich für die Stadt ist, dass sich die Zuweisungen (Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und kommunale Investitionszulage) voraussichtlich erhöhen werden, der Verkehrslastenausgleich allerdings leicht verringern wird. Im Ergebnis ergibt sich planmäßig jedoch eine Verbesserung gegenüber dem Haushaltsansatz.

Die ab dem Jahr 2021 erzielten negativen Ergebnisse des Ergebnishaushalts sollen aus der vorhandenen Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses entnommen werden. Entsprechende Rücklagenmittel sind derzeit noch in ausreichender Höhe vorhanden, werden planmäßig bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums allerdings in großem Umfang abgebaut

sein. Zwar entspricht ein Ausgleich eines negativen ordentlichen Ergebnisses durch Entnahmen aus vorhandenen Überschussrücklagen dem Grunde nach den Bestimmungen des § 80 Abs. 3 GemO, allerdings nur, wenn zuvor alle Einspar- und Ertragsmöglichkeiten ausgenutzt worden sind. Es bestehen begründete Zweifel, dass diese Voraussetzungen schon erfüllt sind.

Der Gesamtfinanzhaushalt weist im Haushaltsjahr 2021 und im Finanzplanungsjahr 2022 einen hohen Finanzierungsmittelbedarf aus, der sich in den Jahren 2023 und 2024 zwar verringert, aber negativ bleibt. Dies wird die derzeit noch vorhandene gute Liquidität deutlich einschränken. Planmäßig bleibt die Liquidität zwar über der vorgeschriebenen Mindestliquidität nach § 22 Abs. 2 der Gemeindehaushaltsverordnung, jedoch ist dies ausschließlich auf die vorgesehenen hohen Kreditaufnahmen von ca. 4.200.000 Euro im Haushaltsjahr und den drei Folgejahren (Fremdmittel) zurückzuführen. In den Haushaltsjahren 2021 und 2022 wird planmäßig ein Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit erwartet, das heißt, die laufenden Kosten der Verwaltungstätigkeit übersteigen die daraus erzielten Erträge. Ab dem Jahr 2023 werden zwar geringe Zahlungsmittelüberschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit erwirtschaftet, jedoch reichen diese nicht einmal aus, dass hiermit die Kredittilgungsraten in vollem Umfang bedient werden können, geschweige, dass Mittel erwirtschaftet werden, die für notwendige Investitionen zur Verfügung stehen.

Die Liquidität als Ausfluss des Ergebnisses des Gesamtfinanzhaushalts verringert sich planmäßig in den Haushaltsjahren 2021 und 2022 deutlich, liegt allerdings noch über der Mindestliquidität. Dies jedoch nur aufgrund der Zahlungsmittelzugänge aus den geplanten Kreditaufnahmen. Anderenfalls würde die Mindestliquidität teilweise deutlich unterschritten werden. In den Finanzplanungsjahren 2023 und 2024 setzt sich dies insofern fort, dass auch hier ohne Kreditaufnahme die Mindestliquidität unterschritten werden würde.

Die Stadt Schönau im Schwarzwald plant eine Kreditaufnahme in Höhe von 1.401.000 €. Voraussetzung für eine Kreditgenehmigung sind:

- Kredite dürfen nur zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen aufgenommen werden (§ 87 Abs. 1 GemO),
- die Kreditverpflichtungen müssen mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde im Einklang stehen (§ 87 Abs. 2 GemO) und
- eine andere Finanzierung ist nicht möglich oder wirtschaftlich unzweckmäßig (§ 78 Abs. 3 GemO).

Für die Genehmigung einer Kreditaufnahme müssen diese Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein.

Die vorgesehene Kreditaufnahme wird zur Rest-Finanzierung geplanter Investitionen im Finanzhaushalt benötigt, da Eigenmittel, wie oben dargestellt, nicht erwirtschaftet werden können und ausschließlich in Form von Veräußerungserlösen zur Verfügung stehen.

Entscheidend für die Bestimmung der dauernden Leistungsfähigkeit sind u. a. das ordentliche Ergebnis der Gesamtergebnisrechnung unter Berücksichtigung von dessen Entwicklung im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung, die Entwicklung des Zahlungsmittelüberschusses des Ergebnishaushalts und die Entwicklung der Liquidität.

Das ordentliche Ergebnis im Haushaltsjahr 2021 ist negativ. Nach deren Finanzplanung geht die Stadt Schöna u i. Schw. davon aus, dass dies in unterschiedlicher Ausprägung auch in den Folgejahren der Fall sein wird. Die fehlenden Mittel können bis einschließlich dem Jahr 2024 der Rücklage entnommen werden. Der Finanzhaushalt weist bis zum Jahr 2022 planmäßig einen Zahlungsmittelbedarf aus dem Ergebnishaushalt aus, danach ist der Zahlungsmittelüberschuss so gering, dass er nicht einmal ausreicht, die ordentliche Kredittilgung zu decken. Insgesamt ist über den gesamten Finanzplanungszeitraum sowohl für den Ergebnis- als auch für den Finanzhaushalt eine leichte Verbesserung feststellbar, jedoch ist diese nicht signifikant und die Ergebnisse entsprechen weder den gesetzlichen Vorgaben eines ausgeglichenen Haushalts im Sinne von § 80 Abs. 2 GemO noch dem Grundprinzip einer nachhaltigen Finanzwirtschaft mit der Pflicht, die Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist.

Aufgrund dieser Finanzdaten der Stadt Schöna u im Schwarzwald kann nicht von der dauernden Leistungsfähigkeit ausgegangen werden, sodass die Genehmigung des Kredites dem Grunde nach nicht möglich wäre. Bereits im vergangenen Jahr hatten wir in unserer Haushaltsverfügung auf die zwingende Notwendigkeit hingewiesen, die finanziellen Verhältnisse der Stadt Schöna u i. Schw. sowohl kurzfristig als auch dauerhaft zu verbessern und zu stabilisieren, da nur dann Raum für weitere erforderliche Kreditgenehmigungen vorhanden ist. Dieser Aufforderung ist die Stadt Schöna u i. Schw. allenfalls halbherzig nachgekommen, wobei wir nicht verkennen, dass dies Corona-bedingt mit zusätzlichen Schwierigkeiten verbunden war. Andererseits erkennen wir durchaus noch realistische Möglichkeiten zur Einnahmenverbesserung und Ausgabenreduzierung, auch im Vergleich mit vergleichbaren Kommunen im ländlichen Raum. Der Gemeinderat der Stadt Schöna u i. Schw. wird zum Erhalt der dauernden Leistungsfähigkeit nicht umhinkommen, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Um die gesetzlich vorgeschriebene stetige Aufgabenerfüllung und dauernde Leistungsfähigkeit als Grundvoraussetzung auch für eine Kreditgenehmigung gewährleisten zu können und künftig ein ausgeglichenes ordentliches Ergebnis zu erreichen, sind umfassende Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen erforderlich, die die Stadt Schöna u i. Schw. jetzt intensiv und nachdrücklich angehen muss. Auf die ausführliche Besprechung mit dem Bürgermeister wird Bezug genommen.

Trotz der dargestellten äußerst schwierigen finanziellen Situation der Stadt Schöna u i. Schw. sind wir unter Zurückstellung von Bedenken letztmalig bereit, auf solchen finanziellen Grundlagen den lt. Haushaltssatzung vorgesehenen Kreditbetrag zu genehmigen. Dies aus den nachfolgenden Erwägungen:

- das ausdrücklich signalisierte Einvernehmen des Bürgermeisters in der Frage der zwingend erforderlichen Haushaltskonsolidierung,
- die ausdrückliche Zusage, die Haushaltskonsolidierung entschlossen anzugehen und umzusetzen,
- die Bestätigung des Bürgermeisters, dass sowohl die Planung für das laufende Haushaltsjahr als auch für den Finanzplanungszeitraum sehr „konservativ“ und vorsichtig ist und mit besseren Haushaltsverläufen und Ergebnissen zu rechnen ist.

Die Genehmigung der Kreditaufnahme erfolgt mit der Maßgabe, dass sämtliche Investitionen vor ihrer Realisierung jeweils nochmals intensiv auf deren generelle Notwendigkeit und ein



eventuelles zeitliches Strecken zu prüfen sind.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass bei ähnlichen finanziellen Voraussetzungen im kommenden Jahr keine Kreditgenehmigung mehr in Aussicht gestellt werden kann. Da planmäßig eine Kreditaufnahme vorgesehen ist, ist die Stadt Schönau i. Schw. in der Verpflichtung, bis dahin die für eine Genehmigung erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen auch tatsächlich umgesetzt zu haben. Lediglich eine Zusicherung zu einer Umsetzung ist nicht mehr ausreichend.

### **Eigenbetrieb „Städtische Wohnbau Schönau im Schwarzwald“**

Der Eigenbetrieb „Städtische Wohnbau Schönau im Schwarzwald“ weist im Erfolgsplan 2021 einen geringen Gesamt-Jahresverlust aus. Dieser kann durch Jahresgewinne der Vorjahre gedeckt werden. Der Vermögensplan enthält eine geringe Deckungsmittellücke. Diese kann nicht durch erübrigte Deckungsmittel der Vorjahre ausgeglichen werden. Zum Jahresende 2021 wird eine Gesamtdeckungsmittellücke von ca. 13.000 € ausgewiesen.

In der mittelfristigen Finanzplanung des Erfolgsplans der Jahre 2022 bis 2024 werden in den Jahren 2022 und 2023 geringfügige Jahresverluste ausgewiesen. Diese können durch Jahresgewinne der Vorjahre gedeckt werden. Im Jahr 2024 wird planmäßig ein geringer Jahresgewinn erwirtschaftet. Im Vermögensplan werden in den Jahren 2022 bis 2024 planmäßig geringfügige Deckungsmittelüberhänge erwartet.

Der Wirtschaftsplan der „Städtische Wohnbau Schönau im Schwarzwald“ 2021 enthält eine Kreditaufnahme in Höhe von 228.800 €. Der Kredit dient der Finanzierung von Investitionsmaßnahmen. Andere Finanzierungsmittel stehen nicht zur Verfügung. Der vorgesehenen Kreditaufnahme stehen Investitionen in entsprechender Höhe gegenüber. Im Wirtschaftsjahr 2021 wird im Erfolgsplan planmäßig ein Jahresverlust erwartet. Die Abschreibungen können nur teilweise erwirtschaftet werden. Im Vermögensplan sind im Wirtschaftsjahr 2021 Tilgungen in Höhe von rund 85.000 € geplant. Der Schuldendienst kann, wenn auch nur knapp, erwirtschaftet werden. Die Kreditaufnahme kann somit genehmigt werden.

Die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung sowie des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes wird bestätigt.

Am 17.06.2020 wurde vom Landtag das Gesetz zur Änderung des Eigenbetriebsgesetzes beschlossen. Die Mantelverordnung mit den beiden neuen Eigenbetriebsverordnungen (Eigenbetriebsverordnung-HGB sowie Eigenbetriebsverordnung-Doppik) wurden im GBl. vom 21.10.2020 S. 827 veröffentlicht. Danach sind die neuen eigenbetriebsrechtlichen Regelungen spätestens für Wirtschaftsjahre ab dem 1.1.2023 anzuwenden. Zu berücksichtigen sind die Übergangsregelungen in § 19 des Eigenbetriebsgesetzes. Die Entscheidung, welches Rechnungssystem angewandt wird, obliegt dem Gemeinderat und ist in der Betriebssatzung festzulegen. Notwendige Ergänzungen oder Änderungen sind gem. § 19 Abs. 2 Eigenbetriebsgesetz spätestens bei der nächsten Änderung oder einem Neuerlass der Betriebssatzung zu vollziehen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'i.A. Laßmann', written over the printed name.

Michael Laßmann  
Dezernent